

Sparkassen und Marktwirtschaft – eine ordnungspolitische Betrachtung

Mit der eintönigen Penetranz einer tibetischen Gebetsmühle verkündet der Bundesverband der deutschen Banken (BdB), der Staatseinfluss im deutschen Kreditwesen sei zu hoch, was dazu führe, dass die bedauernden Großinstitute einem unfairen Wettbewerb ausgesetzt seien, der sie so schwäche, dass sie zum Opfer feindlicher Übernahmen werden könnten, zum Schaden der gesamten deutschen Wirtschaft. Nun werden fragwürdige Thesen nicht dadurch richtig, dass sie dauernd wiederholt werden. Die Argumentation findet aber durchaus Gehör, insbesondere im Ausland und – erstaunlicherweise – in sich liberal gebenden Kreisen. Es ist daher angebracht, sie auf ihren Gehalt aus ordnungspolitischer Sicht zu durchleuchten. Dabei hält kein Glied der Gedankenkette einer kritischen Überprüfung stand.

Offene Märkte und Rechtsform

Bewusst irreführend ist es bereits, die Größe des Sparkassensektors mit übermäßigen, den Wettbewerb verzerrenden Einfluss des Staates gleichzusetzen. Denn damit wird suggeriert, hier herrschten quasi planwirtschaftliche Verhältnisse. Insbesondere bei internationalen Institutionen hat diese Propaganda wohl schon den Eindruck vermittelt, im deutschen Finanzwesen hätte sich die letzte Bastion des untergegangenen Reichs Erich Honeckers gehalten. So rührt der – ansonsten sehr renommierte – konservative amerikanische Think Tank Heritage Foundation bei der Konstruktion seines Index of Economic Freedom locker Sparkassen, Landesbanken und Kreditgenossenschaften(!) in einen Topf, um damit den hohen Anteil der Staatswirtschaft zu belegen und daraus ein mangelndes Maß an ökonomischer Freiheit abzuleiten. Zu dem Schluss, solchen Zuständen müsse abgeholfen werden, ist es dann verständlicherweise nicht weit.

Geschickt setzt der BdB die Privatisierung der öffentlich-rechtlichen Institute mit der Öffnung des Marktes gleich. Hier hat Deutschland jedoch keinerlei Nachholbedarf – im Gegenteil: Schon seit Jahrzehnten kann sich hierzulande jeder Wettbewerber frei und ohne Diskriminierung betätigen. Kein aus- oder inländisches Haus wird daran gehindert, sich niederzulassen, Filialen zu eröffnen und sich zu entfalten, wenn es die dazu notwendigen aufsichtsrechtlichen Voraussetzungen erfüllt. Die hohe Zahl der Auslandsbanken belegt dies zweifelsfrei.

Schlichtweg falsch ist die These, öffentlich-rechtliche Unternehmen seien aus ordnungspolitischen Gründen in einer Marktwirtschaft fehl am Platze, denn diese kennt keine Präferenz für eine bestimmte

Rechtsform. Die Skepsis der liberalen Denker gegenüber staatlichem Eigentum rührt vielmehr daher, dass dieses oft verbunden ist mit wirtschaftlicher (Monopol-)Macht. Eine solche Kumulation führt in der Tat fast immer zu einer suboptimalen Versorgung der Verbraucher. Im deutschen Finanzwesen ist aber gerade dies nicht der Fall: Die Existenz der Kreditgenossenschaften und der Sparkassen sorgt dafür, dass die Struktur des deutschen Bankenmarktes dem Ideal eines optimalen Wettbewerbs sehr nahe kommt.

Eine Studie der KfW belegt eindrucksvoll, dass das Wachstum der Arbeitsproduktivität im hiesigen Kreditwesen sowohl über demjenigen der meisten anderen heimischen Branchen als auch über demjenigen der Institute in nahezu allen Industrieländern liegt. Darüber hinaus wurde dieser Fortschritt nirgends so schnell und so stark an die Verbraucher weitergegeben wie hierzulande. Dass dies zum Segen der Bürger ist, ist für andere Bereiche der Wirtschaft unumstritten. Kein vernünftiger Mensch käme auf die Idee, die harte Konkurrenz im Einzelhandel oder in der Bauwirtschaft zu beschränken, damit die großen Unternehmen bessere Margen erzielen können. Dass die hohe Wettbewerbsintensität den Großbanken nicht gefällt, ist verständlich, aus marktwirtschaftlicher Sicht aber ein begrüßenswerter Zustand.

Hoher Konzentrationsgrad mit negativen Folgen

Eine jüngst im Journal of Finance erschienene Studie der beiden Amerikaner Garmaise und Moskowitz kommt zu dem Ergebnis, dass eine zu große Konzentration im Bankensektor erhebliche negative Folgen für die Wirtschaft hat. Mit sinkendem Wettbewerb, so zeigen sie anhand einer breit angelegten empirischen Untersu-

Dr. Karl Eugen Reis, Mitglied des Vorstands, Kreissparkasse Limburg

Nicht nur auf Verbandsebene und in den bundesweiten Gremien (Kreditwesen 9-2006), sondern auch an der so genannten Basis, also bei den Sparkassen vor Ort, lösen die offenen Angriffe oder versteckten Sticheleien gegen die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute Aufregung aus. Entsprechend engagiert und angriffslustig fällt zuweilen die Diktion des Autors aus. Selbst so ehrwürdigen Institutionen wie dem IWF und der Heritage Foundation wirft er in ihrer Argumentation gegen das hiesige Sparkassenwesen vor, Irrwegen zu folgen beziehungsweise es mit den realen Gegebenheiten nicht so genau zu nehmen. Er verweist in der Strukturdiskussion seinerseits auf empirische Studien aus den USA über negative Wirkungen einer zu hohen Bankenkonzentration, sieht sich durch die Ratingagentur Moody's bestätigt und verwahrt sich gegen einen Vergleich mit Italien. (Red.)



chung für die USA, verschlechterten sich die Kreditkonditionen für die Unternehmen um bis zu fünf Prozent, und es wurde schwieriger, überhaupt Fremdkapital aufzunehmen. Als Nebenaspekt weisen sie sogar nach, dass sich darauf das soziale Umfeld in der betroffenen Region verschlechterte bis hin zu steigender Kriminalität.

Niedrige Kreditzinsen sind gut für Verbraucher und Wirtschaft. Problematisch wären sie nur, wenn sie durch eine vom Staat verfälschte ruinöse Konkurrenz zustande kämen. Davon ist Deutschland aber weit entfernt. Die Sparkassen genießen – entgegen aller anders lautender Behauptungen – keinerlei Privilegien: keinerlei Steuervorteile, keinerlei Subventionen und keinerlei regulatorische Begünstigungen. Da die meisten Institute über mehr Einlagen verfügen als sie Darlehen an Kunden vergeben haben, sind sie nicht darauf angewiesen, den Kapitalmarkt anzuzapfen. Deshalb haben selbst die oft angeführten Refinanzierungsvorteile aufgrund der staatlichen Haftungsgarantien nie existiert.

Dies betont auch die große Nähe zum S-Finanzverbund sicher unverdächtige Ratingagentur Moody's in ihrer Studie „Assessing Germany's Public Sector Banks and their Cross Sector Support Mechanisms“: „In particular we are of the view that the Sparkassens' business model does not hinge on the legal support mechanisms of Anstaltslast and Gewährträgerhaftung.“ Spätestens seit Letztere im Juli 2005 gefallen sind, kann davon nun endgültig keine Rede mehr sein.

Wettbewerb: Optimum für die Verbraucher

Auch für ihr Eigenkapital waren die Mitglieder des öffentlichen Sektors schon bisher nicht auf ihre Träger angewiesen. Sie konnten dieses in der Regel aus erwirtschafteten Gewinnen bilden. Gelungen ist ihnen das, weil sie eben keineswegs Non-Profit-Organisationen sind, sondern sich voll im Wettbewerb bewähren müssen. Verluste aus den Fehlern der Vergangenheit auf einen Schlag abzuschreiben und dann die Kapitalbasis mittels neuer Aktien zu restaurieren – dieser Weg steht Sparkassen nicht offen.

Konstitutives Prinzip der liberalen Lehre ist die unsichtbare Hand des Wettbewerbs, die gewährleistet, dass die Verbraucher

bestmöglich mit Gütern und Dienstleistungen versorgt werden. Ziel ist, das Optimum für die Konsumenten zu erreichen, nicht für die Produzenten. Deshalb ist es schon erstaunlich, dass Institutionen und auch Presseorgane, die sich sonst als Bannerträger der Marktwirtschaft geben, für das Kreditwesen fordern, die existierende Konkurrenz einzuschränken, damit die Großbanken höhere Profite einstreichen können.

Die Eigenkapitalrendite immer weiter zu steigern, ist zwar aus betriebswirtschaftlicher Sicht zielführend, volkswirtschaftlich aber keineswegs, denn die Leistung der unsichtbaren Hand besteht gerade darin, das Gewinnstreben des Einzelnen zum Wohle des Ganzen zu transformieren und damit langfristig zu begrenzen.

Italien: „Paradies für Banken“?

Im dynamischen Gleichgewicht stellt sich eine Rendite ein, die gerade so hoch ist, dass dadurch sichergestellt wird, dass die Verbraucher stetig und kostengünstig mit Gütern und Dienstleistungen versorgt werden. Höhere Ertragschancen signalisieren ein temporäres Marktungleichgewicht und locken neue Anbieter an, worauf die Margen wieder sinken. Gerade dieser Mechanismus funktioniert in einem vermachten Markt mit wenigen Großbanken nicht, wie die Beispiele in Großbritannien und Italien zeigen. Dass die Protagonisten der Sparkassenprivatisierung gerade auf diese Länder als ihr Ideal verweisen, zeigt, dass es ihnen nicht darum geht, die gesellschaftliche Wohlfahrt zu maximieren, sondern ausschließlich die eigene.

Denn in diesen Ländern beherrschen wenige Institute den Markt, mit der Folge, dass die Kunden weit schlechtere Konditionen in Kauf nehmen müssen oder überhaupt keine Bankdienstleistungen mehr erlangen können. Mit institutionellen Eingriffen versucht die englische Regierung, dies wenigstens notdürftig wieder zu ermöglichen. Das deutsche System mit seiner flächendeckenden Versorgung gegen ein solches einzutauschen, wäre keineswegs eine liberale Heldentat, sondern ein Schuldbürgerstreich. Die Konkurrenz auszuschalten und dann die verbleibenden Großunternehmen durch eine Regulierungsbehörde zu überwachen sowie ein ausreichendes Angebot für die Bürger durch staatliche Auflagen und Subventionen notdürftig wieder herzustellen,

das ist schlichtweg unsinnig, auf keinen Fall aber liberal.

Der als ideal gepriesene Zustand, in anderen Ländern hätten die fünf größten Banken Marktanteile bis zu 80 Prozent, hat mit liberalem Gedankengut nicht das Geringste gemein. Im Gegenteil, gerade der Ordoliberalismus fordert eine strikte Wettbewerbspolitik und Fusionskontrolle, um zu vermeiden, dass zu große ökonomische Macht entsteht. Auch die liberalen Denker hätten ein solches Ansinnen mit Sicherheit zurückgewiesen. Schon Adam Smith warnte: „Wenn zwei oder mehr Unternehmer zusammensitzen, verabreden sie sich, den Wettbewerb zu beschränken.“ Ludwig Erhard, der Vater der sozialen Marktwirtschaft, stand der Großindustrie und -finanz erklärtermaßen skeptisch gegenüber und setzte bewusst auf die schöpferische Kraft des Mittelstands.

Eine überregionale Tageszeitung hat vor geraumer Zeit ernsthaft empfohlen, Deutschland solle sich Italien zum Vorbild für sein Bankensystem nehmen. Der Kommentar schloss: In Deutschland „pfllegt man noch den idyllischen Gedanken an die Kleinsparkasse, die den lokalen Schreiner bedient, während über Kredite an Großunternehmen und Krisenfälle wohl bald in London und New York entschieden wird.“ Dass solche Thesen ausgerechnet von dem Blatt vertreten werden, das sich sonst als Hüter des Liberalismus geriert, versetzt schon in Erstaunen. Ein enges Oligopol, das nicht einmal im Wettbewerb entstanden ist, sondern vom damaligen Präsidenten der italienischen Zentralbank nach eigenem Gusto gezimmert wurde, hat mit dem ordnungspolitischen Leitbild Ludwigs Erhards nichts zu tun.

Kundennähe und nicht Rechtsform als Erfolgsfaktor

Ausgerechnet das damalige Italien als Land der bankwirtschaftlichen Verheißung auszudeuten, ist decouvrierend: Die dortigen Verbraucher bezahlen bis zum Fünffachen dessen, was in Deutschland üblich ist, und das mit weiter steigender Tendenz. So verlangt die Deutsche Bank Italien etwa fünf Euro für eine schlichte Überweisung. Kurze Zeit später schrieb denn auch der gleiche Journalist, aus dessen Feder die obigen Zeilen stammen: „Italien bietet ein Paradies für ausländische Banken.“ Italien, ein Paradies für die (Groß-)Banken, Deutsch-

land ein Paradies für die Kunden. Klarer kann man nicht ausdrücken, welches aus liberaler Sicht das bessere Modell ist.

Wenn schon Vorbilder im Ausland gesucht werden, wäre Spanien eine viel überzeugendere Alternative, wo trotz eines prosperierenden flächendeckenden Sparkassensektors die nationalen Großinstitute zu den profitabelsten der Welt zählen. Dies belegt, dass die Schwäche der deutschen Aktienbanken keineswegs auf unfairen Wettbewerb durch die öffentlich-rechtliche Säule, sondern auf eigene falsche strategische Weichenstellungen zurückzuführen ist. Nachdem sie im Zuge der Konzentration auf das vermeintlich lukrativere Investmentbanking Ende des letzten Jahrzehnts die Privatkunden und mittelständischen Unternehmen weitgehend vertrieben haben, dürfen sie sich jetzt nicht wundern, dass ihnen heute die Erträge aus diesem Geschäft fehlen. Oder mit den Worten von Moody's: „Especially in times when the commercial banks have modified their business strategy frequently, damaging numerous customer relationships, Sparkassens' focus on the longer term and loyalty vis-a-vis their clients have further enhanced their already strong franchises.“

Um das hier verlorene Terrain zurückzuerobern, sind die Großbanken wieder mit Kampfbedingungen unterwegs, weil es für sie die einzige Chance ist, die Klientel zurückzugewinnen, die sie noch vor Kurzem rabiat „abgebaut“ haben. Die Schuld für diesen ruinösen Preiskampf wird – nach dem Motto „Haltet den Dieb“ – wieder einmal den Sparkassen in die Schuhe geschoben. Häuser, wie die Citibank oder die ING, die diese Fehler nicht begangen haben, arbeiten hierzulande profitabel, trotz der Konkurrenz der beiden Verbände. Im Übrigen widerlegt auch die Wettbewerbsstärke der noch kleineren Kreditgenossenschaften die These, dass es die öffentliche Rechtsform ist, die den Sparkassen den entscheidenden Vorteil verschafft. Sie verstärkt vielmehr den Eindruck, dass das Geheimnis des Erfolgs in der Nähe zum Kunden und der dezentralen Entscheidungskompetenz zu suchen ist.

Marktstrukturen und funktionierender Wettbewerb

Aufgabe des Staates in der liberalen Lehre ist es sicherzustellen, dass faire Konkurrenz herrscht. Dazu muss er den Rahmen so set-

zen, dass eine Vielzahl von Anbietern frei konkurrieren kann, präventiv eingreifen, indem er durch die Fusionskontrolle verhindert, dass Oligopole oder gar Monopole entstehen, und dort, wo sich bereits vermachtete Strukturen gebildet haben, korrigierend wirken durch die Missbrauchsaufsicht des Kartellamts und das Regiment von Regulationsbehörden. Dabei ist die institutionelle Prophylaxe der niemals perfekten nachträglichen Symptomtherapie immer vorzuziehen.

Beispiel einer gelungenen Liberalisierung ist die Telekommunikation, wo die neu geschaffene Konkurrenz deutlich sinkende Preise mit sich brachte. Das Gegenteil ereignete sich an den Strommärkten, wo die Öffnung dazu führte, dass die Großkonzerne die kleinen, ehemals kommunalen Stromversorger reihenweise aufkauften, mit der Folge, dass sich die Konditionen sogar verschlechterten. Entscheidend für das Funktionieren des Wettbewerbs ist also nicht primär die Rechtsform der betroffenen Unternehmen, sondern die Struktur des Marktes. Insofern ist es absurd zu behaupten, man könne die Marktwirtschaft stärken, indem man es ermöglicht oder gar fördert, dass ein enges Oligopol mit einigen wenigen Anbietern entsteht.

IWF auf Irrwegen

Völlig abstrus ist es, wenn der Direktor für Währungsfragen des Internationalen Währungsfonds (IWF), ein Schwede, propagiert, man müsse die Sparkassen als Wettbewerbshindernis beseitigen, damit die Profite der Privatbanken steigen. Das Argument, dann verschlechterten sich für die Kunden die Konditionen, aber damit abtut, dann könnten die Zinsen ja von einer echten öffentlichen Bank à la KfW wieder nach unten subventioniert werden. Erst den funktionierenden Wettbewerb zerschlagen und das dann durch staatlichen Eingriff wieder korrigieren, ist ein intellektueller Salto mortale, den ein echter Ordoliberaler nur mit Schaudern bestaunen kann.

Vom IWF stammt im Übrigen auch die Forderung, die Beteiligung der Versicherten an den Überschüssen aus den Kapitalanlagen unter die bisher vorgeschriebene Mindestquote von 90 Prozent zu senken, damit die großen Assekuranzkonzerne höhere Überschüsse einstreichen können. Was davon zu halten ist, nämlich nichts, hat das Bundesverfassungsgericht in seinem jüngs-

ten Urteil zu dieser Thematik dargelegt, in dem es sogar schon die bestehende Regelung als verfassungsrechtlich bedenklich einstufte.

Von ähnlicher Qualität ist die Studie des IWF über den deutschen Finanzsektor, in der er diesem erst eine hohe Stabilität und eine hervorragende Versorgung der Bevölkerung mit Bankdienstleistungen bescheinigt, um dann daraus abzuleiten, die Struktur der drei Säulen müsse durch die Privatisierung der Sparkassen von Grund auf umgewälzt werden. Auch hier haben die großen liberalen Denker längst eine bessere Lösung parat: Ein möglichst intensiver Wettbewerb ist der beste Garant dafür, dass Fehler einzelner Wirtschaftssubjekte sich nicht zu Krisen des gesamten Systems auswachsen.

Wenn es nur noch wenige Banken gibt, können schon Schwierigkeiten einer einzelnen große Teile der Wirtschaft in Mitleidenschaft ziehen, ja es reicht möglicherweise schon, wenn ein Institut beschließt, das mittelständische Firmenkundengeschäft sei nicht mehr attraktiv. Dass dies nicht ganz unrealistisch ist, haben die neunziger Jahre erwiesen; ja mehr noch, sie zeigen, dass enge Oligopole oft zum Herdentrieb neigen, was das Systemrisiko noch potenziert. Die These, die Stabilität eines Wirtschaftssystems steige, wenn die Konzentration zunehme, ist abenteuerlich und widerspricht nicht nur jeglichen Lehrsätzen der liberalen Wirtschaftslehre, sondern auch jeder praktischen Erfahrung.

Wer braucht nationale Champions?

Da die Argumente der Befürworter einer Privatisierung der Sparkassen wenig zu überzeugen vermögen, wird die Forderung nachgeschoben, Deutschland brauche mindestens einen nationalen Champion im Finanzwesen, damit Großunternehmen nicht auf Banken mit Sitz im Ausland angewiesen seien. Dies zu kommentieren, erübrigt sich für einen Liberalen fast von selbst. Der Ruf nach nationalen Champions entspringt dem Gedankengut des Merkantilismus, das spätestens seit Adam Smith kein ernst zu nehmender Ökonom mehr vertritt. Der letzte Versuch, auf deutschem Boden solche Institutionen zu schaffen, ist mit den DDR-Kombinaten kläglich gescheitert.

Unabhängig davon, dass Monopole oder Oligopole niemals im Sinne der Marktwirt-

schaft sein können: Wer garantiert, dass der nationale Champion seinen Sitz nicht einfach nach Luxemburg oder London verlegt oder eines Tages von einem internationalen Champion übernommen wird? Dann gäbe es nur noch die Kreditgenossenschaften als hier ansässige Institute. Ginge es Deutschland dann besser? Im Übrigen arbeiten Bayer, BMW und Co. längst mit vielfältigen internationalen Bankadressen zusammen und werden auch weiter von diesen umworben werden. Der Gewerbetreibende vor Ort aber ist auf dauerhaft verlässliche Partner angewiesen. Wer dieses Prinzip gefährdet, legt die Hand an die Wurzeln der mittelständisch geprägten heimischen Wirtschaft.

Seltene Blüten treiben die Attacken internationaler Institutionen auf die Struktur des öffentlich-rechtlichen Kreditwesens in Deutschland, wenn die Ratingagentur Fitch propagiert, die WestLB sei nur überlebensfähig, wenn sie sich mit den Sparkassen gesellschaftsrechtlich zusammenschließe. Sie verletzt damit nämlich eklatant ihre Verpflichtung zur Neutralität. Geschäftspolitische Vorgaben durch Ratingagenturen sind neu und etwa damit zu vergleichen, dass ein Schiedsrichter einer der Mannschaften die Aufstellung vorschreibt. Konsequenterweise müsste Fitch dann auch für den Schaden gerade stehen, wenn das propagierte Geschäftsmodell nicht zum Erfolg führte.

Private Beteiligungen an Sparkassen?

Kennzeichnend für die Marktwirtschaft ist, dass die Erfolgrlosen ausscheiden. Die Variante, dass die Erfolgreichen von den Erfolgrlosen aufgekauft werden, ist eigentlich nicht vorgesehen. Eindeutig erfolgreicher als die großen Kreditinstitute waren in der jüngeren Vergangenheit die Sparkassen. Sie haben im letzten Jahr im Schnitt fast schon die angestrebte Eigenkapitalrendite von 15 Prozent vor Steuern erreicht und die Summe der Einzelwertberichtigungen

trotz der weiter schwierigen Konjunktur reduziert.

Scheinheilig und interessengeleitet ist die Behauptung, man könne die Sparkassen zum Verkauf freigeben, ohne dass sich die Marktstruktur dadurch ändere. Da zuerst die profitabelsten Institute übernommen würden, wäre der Verbund aus den verbleibenden, schwächeren Häusern kaum überlebensfähig. Viel schlimmer noch aus liberaler Sicht wäre, dass damit genau die weißen Flecken ohne lokale Banken entstünden, die die unsichtbare Hand des Wettbewerbs verhindert hat. Denn die Übernehmer sind nur an den Kunden interessiert, Mitarbeiter und Geschäftsstellen sind für sie nur Kostenfaktoren, die sehr schnell der Renditemaximierung zum Opfer fielen.

Intelligente Vorkehrung zur Versorgung der Bevölkerung

Ein vor Ort verankertes Institut hingegen kann sein Geschäftsgebiet nicht verlassen. Insofern ist das Regionalprinzip der Kreditgenossenschaften und Sparkassen eine hochintelligente Vorkehrung, die flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit Bankdienstleistungen wettbewerbskonform sicherzustellen, ohne dass es dazu korrigierender Eingriffe des Staates bedürfte.

Deshalb wäre die von angeblichen und wirklichen Freunden der Sparkassen propagierte Möglichkeit, private Beteiligungen bis zu einer Grenze von 49 Prozent zuzulassen, für die vermeintlich Begünstigten ein Danaergeschenk. Denn zum einen werden diese Mittel gar nicht benötigt, da selbst ein Kreditwachstum von 5 Prozent in den nächsten fünf Jahren aus vorhandenem Kapital finanziert werden könnte. Zum anderen würde der Streit dadurch nicht geschlichtet, sondern weitergehen bis zur vollständigen Öffnung. Denn für die Käufer macht eine bloße Finanzbeteiligung wenig Sinn, erst die Integration in die eigene Struktur brächte die gewünschten Ertrags- und Kostensynergieffekte, mit dem schönen Nebeneffekt des Verschwindens eines lästigen Wettbewerbers.

Verbund und Konzern

Der BdB versteht es immer wieder geschickt, vordergründig einleuchtende Argumente ins Feld zu führen, um seine The-

se zu belegen, die Säulen des deutschen Kreditwesens würden ungleich behandelt. Die daraus abgeleiteten Forderungen zielen aber keineswegs auf mehr Chancengerechtigkeit, sondern vielmehr darauf, die öffentlich-rechtlichen Institute zu diskriminieren. So wird verlangt, aus Gleichheitsgründen müsse es Privatbanken erlaubt sein, öffentlich-rechtliche Institute zu erwerben, da dies auch umgekehrt möglich sei.

Dieses Argument, so sehr es vordergründig einleuchten mag, ist bei näherem Hinsehen nicht stichhaltig. Die hier treffende Analogie ist nicht: lokale Sparkasse – Bankkonzern, sondern Verbund – Konzern. Da die einzelne Sparkasse (und Kreditgenossenschaft) wegen der engen Verflechtung nicht ohne ihren Verbund existieren kann und dieser nicht ohne die einzelnen Häuser vor Ort, ist der Verkauf einer Sparkasse nicht damit gleichzusetzen, dass eine einzelne autonome Privatbank übernommen würde, sondern damit, dass die Filiale einer Großbank den Besitzer wechselte. Da dies selbstverständlich nicht möglich ist, ohne dass die Konzernzentrale zustimmt, ist es nur recht und billig, dass auch ein öffentlich-rechtliches Institut (oder eine Volks-/Raiffeisenbank) nicht ohne weiteres erworben werden darf. Dies gilt zumindest so lange, wie man nicht (Finanz-)Verbünde als Organisationsform generell in Frage stellt.

Namensschutz

Inzwischen wird den Sparkassen sogar ihr Namen streitig gemacht. Jedem Kreditinstitut müsse erlaubt sein, ihn zu tragen. Was auf den ersten Blick als gleiches Recht für alle erscheint, entpuppt sich bei näherem Hinsehen aber als das pure Gegenteil. Denn folgte man dieser Logik, wäre Gerechtigkeit erst dann geschaffen, wenn sich im Umkehrschluss jede Bank oder Sparkasse auch Deutsche Bank oder Commerzbank nennen dürfte. Dies zeigt, wie abstrus die vordergründig einleuchtende Forderung ist.

Man könnte darüber lachen, wenn nicht die Gefahr bestünde, dass die EU-Kommission sich in zunehmendem Maße mit derartigen Gedanken anfreunden könnte. Alfred Herrhausen oder gar Hermann Josef Abs wäre es im Traum nicht eingefallen, dass die Marke Sparkasse für eine Privatbank von Nutzen sein könnte.

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt des Fritz Knapp Verlages für die

Finanzierungshilfen des Bundes, der Länder und der internationalen Institutionen – Ausgabe 2006/2007 – bei (siehe auch Anzeige auf Seite 577).



Wäre zu deren Zeit eine Übernahme möglich gewesen, hätte man selbstverständlich das rote S durch das blaue Logo ersetzt und nicht umgekehrt. Jeder andere Gedanke wäre als Zumutung empfunden worden. Heute hingegen trachtet der BdB mit geradezu brennender Leidenschaft nach dem Namen Sparkasse, womit er zu erkennen gibt, dass er diesen für um ein Vielfaches wertvoller hält als den seiner eigenen Institute.

Wie kann man offensichtlicher das Versagen der privaten Kreditinstitute im Wettbewerb eingestehen? Dem Ansinnen nachzugeben, wäre gleichbedeutend damit, Opel zu gestatten, künftig den Namen Porsche nutzen zu dürfen.

Wettlauf um die profitabelsten Institute?

Als Fazit bleibt festzuhalten: Dem BdB geht es nicht darum, die Konkurrenz zu stärken, sondern vielmehr darum, diese massiv einzudämmen. Welch verzerrtes Bild insbesondere im Ausland schon erzeugt wurde, zeigen die abstrusen Thesen des IWF und die sonstigen von wenig Sachkenntnis geprägten Einlassungen manch anderer ausländischer Institution. Die Großbanken sind dabei, erneut einen schweren strategischen Fehler zu begehen. Würde der Sparkassen-sektor zur Privatisierung freigegeben, wären es mitnichten die deutschen Häuser, die zum Zuge kämen.

Im Wettlauf um die profitabelsten Institute würden sie wohl den Kürzeren ziehen gegenüber der ausländischen Konkurrenz, mit dem Ergebnis, dass sie vor Ort nicht mehr mit der Sparkasse Grünberg oder der Sparkasse Vorpommern konkurrierten, sondern mit dem Banco Santander, der ABN Amro, der Royal Bank of Scotland und vielen anderen mehr. Ob sie in diesem Wettbewerbsumfeld besser abschnitten als heute, darf mehr als bezweifelt werden.

Die Bankiers der Vergangenheit würden sich schämen, wenn sie miterleben müssten, dass ihre Nachfolger die kleinen Sparkassen dafür verantwortlich machen, dass die großen, weltweit agierenden deutschen Banken hierzulande nicht profitabel arbeiten können. Könnte es sein, dass die Großbanken dem erfolgreichen und zukunftsfähigen dezentralen Geschäftsmodell der Sparkassen nur wenig Überzeugendes entgegenzusetzen zu haben? ■